
185/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 09.07.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Broukal
und GenossInnen
betreffend Abschaffung der Studiengebühren und Verbesserungen des
Studienförderungsgesetzes

Laut einer Studie über „Auswirkungen der Einführung von Studienbeiträgen auf die Studienbeteiligung und das Studierverhalten“ von Franz Kolland, Mai 2002, können nur knapp ein Viertel der „mäßig gebildeten Eltern“ die Studienbeiträge für ihre Kinder bezahlen. 36 % dieser Studentengruppe müssen die Studiengebühren durch Nebenjobs aus der eigenen Tasche finanzieren. Studentinnen aus unteren Bildungs- und damit schlechter verdienenden Erwerbsschichten müssen ihre „bisherige Erwerbstätigkeit ausdehnen“: 29 % der Befragten arbeiten 36 Stunden und mehr, 21 % arbeiten 20 bis 35 Stunden, weitere 16 % arbeiten 12 bis 20 Stunden pro Woche. Die generell höhere Erwerbstätigkeit der Befragten unterer sozialer Schichten bewirkt laut Studie eine „geringere Studienaktivität“. Je mehr ein Student nebenbei arbeitet, desto weniger studiert er, was auch oft zum Studienabbruch führt. Laut Studienautor Franz Kolland gibt es für einen Abbruch des Studiums zwar mehrere Gründe, „wobei die Unvereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit“ jedoch am häufigsten genannt worden ist - 36 %. An zweiter Stelle folgen die Studienbeiträge mit 34 %. Das Argument, die Studenten würden seit Einführung der Gebühr engagierter studieren, wie das von Bildungsministerin Gehrler öfters ins Treffen geführt wurde, sieht Franz Kolland durch seine Untersuchungen nicht dokumentiert: Nicht bestätigt werden kann die Vermutung, dass aufgrund der Studienbeiträge mehr Lehrveranstaltungen besucht werden.“ (Profil, Nr. 25/03, 16.6.2003)

Die Untersuchung bestätigt die - von Anfang an - vorgebrachte Kritik der SPÖ, dass der freie Hochschulzugang vor allem für „ärmere Studenten“ de facto abschafft wurde. Betroffen sind vor allem bildungsferne Schichten, viele Frauen und Studierende mit Kindern.

Auch im aktuellen Bericht der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur zur sozialen Lage der Studierenden geht hervor, dass jeder zweite Studierende sich unter

erhöhtem finanziellen und zeitlichen Druck sieht. Seit Einführung der Studiengebühren haben 45.000 Studierende ihr Studium abgebrochen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

„Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, unverzüglich folgende Maßnahmen zu setzen und einen Gesetzesentwurf dazu vorzulegen:

- Abschaffung der Studiengebühren,
- Indexanpassung bei den Studienbeihilfen und den Einkommensgrenzen,
- Entfall der Altersgrenze für die Studienabschlussstipendien.“